

Peru

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	18
Polizei und andere Sicherheitskräfte	19

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	21
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	21
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	22
Innere Lage im Empfängerland	26
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	28
Bedrohung von Alliierten	31
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	31
Unerlaubte Wiederausfuhr	34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	35

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Deutschland liefert im Vergleich nur in begrenztem Umfang Rüstungsgüter nach Peru. Darunter befinden sich häufig Teile für U-Boote und andere Ersatzteile für den Schiffsbau sowie Kommunikationsausrüstung. Im Jahr 2009 handelte es sich insbesondere um die Lieferung von Torpedos für die U-Boote der Klasse 209/1200 der peruanischen Marine.

Südkorea ist nimmt laut SIPRI zwischen 2019 und 2023 die 74. Stelle unter den größten Waffenimporteuren ein. Südkorea stellte mit großem Abstand den wichtigsten Rüstungslieferant für Peru dar, gefolgt von Spanien und Neuseeland. So lieferte Südkorea eine gebrauchte Po Hang Korvette, 2021 folgte eine weitere. Spanien lieferte 2020 zwei gebrauchte C-130H Transportflugzeuge, 2022 Erfolgte eine Schenkung von vier ausgemusterten Hubschraubern zur U-Boot-Abwehr. Mit Neuseeland vereinbarte Peru 2014 die Lieferung von insgesamt 5 (teilweise modernisierten) Hubschraubern zur U-Boot-Abwehr vom Typ SH-2G Super Seasprite; zwischen 2018 und 2022 wurden drei Exemplare geliefert.

In Peru existiert keine nennenswerte Rüstungsindustrie. Vereinzelt werden Kleinwaffen und Munition produziert. Daher ist die Regierung bestrebt, in bestimmten Bereichen eigene Kapazitäten aufzubauen, um die Unabhängigkeit bei Rüstungsgütern zu erhöhen. Dazu unterzeichnete Peru in den vergangenen Jahren mit anderen Staaten und Rüstungskonzernen Kooperationsvereinbarungen.

Das Heer profitierte, wie auch die anderen Teilstreitkräfte, von einem umfassenden Modernisierungsprogramm aus dem Jahr 2007, wodurch in den folgenden Jahren zusätzlich 1,3 Milliarden US-Dollar aus Gasverkäufen bereitgestellt wurden. Bereits im Jahr 2004 wurde ein Gesetz erlassen, das die Zuweisung von 20 Prozent der Erlöse aus dem Gasverkauf zu gleichen Teilen an das Heer, die Marine, die Luftwaffe sowie die Nationalpolizei vorsah. Das peruanische Heer verfügt zwar über eine Vielzahl schwerer Waffensysteme sowie zahlreiche Geschütze. Diese sind jedoch größtenteils veraltet. Die peruanische Marine ist mit sechs U-Booten, sechs Fregatten und sieben Korvetten an sich nicht schlecht aufgestellt. Die meisten dieser Schiffe sind jedoch stark veraltet. Die peruanische Luftwaffe weist Berichten zufolge den größten Modernisierungsbedarf innerhalb der Streitkräfte auf. Es wird berichtet, dass nur etwa 30 Prozent der Flugzeuge für Einsätze, Operationen und Trainingsflüge bereitstehen.

Perus Militär nimmt eine zwar umstrittene, aber doch tief verankerte Rolle in Gesellschaft und Politik ein. Unter der Herrschaft Präsident Fujimoris in den 1990er Jahren beanspruchte es zusehends mehr Einfluss in der Politik. Erst im letzten Jahrzehnt ist es gelungen, die zivile Kontrolle über das Militär zu verbessern und auszubauen. Nach der Amtsenthebung Alberto Fujimoris im Jahr 2000 begann die Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen des Militärs. Bereits 2001 wurde unter dem damaligen Präsidenten Paniagua eine Wahrheits- und Versöhnungskommission eingerichtet. Innerhalb des Militärs ist das Thema Menschenrechtsverletzungen und dessen Aufarbeitung auf Ablehnung gestoßen. Vereinzelt wurden sogar Versuche unternommen, sie zu behindern.

Im Jahr 1988 wurde die heutige peruanische Nationalpolizei geschaffen, die stark militärisch ausgerichtet ist. In der Zeit des Bürgerkrieges zwischen 1980 und 2000 war die Polizei in den Konfliktgebieten, die mehr als die Hälfte des Landes ausmachten, direkt dem Militär

unterstellt. Berichten zufolge war sie auch an Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Nach dem Sturz Fujimoris begann eine Polizeireform. Heute untersteht sie einer zivilen Führung im Innenministerium und besteht aus bis zu 26 Abteilungen, von denen die wichtigsten DI-NOES (Spezialoperationen), DINANDRO (Drogenbekämpfung), DININCRI (Kriminalpolizei) und DIRCOTE (Terrorismusabwehr) sind. In der Nationalpolizei verrichten 2015 ca. 124.000 Polizist:innen ihren Dienst. Neben der Polizei prägen die serenazgos (Wächter:innen) das Stadtbild vieler Städte in Peru. Diese uniformierten Sicherheitskräfte sind in der Regel von den städtischen Verwaltungen organisiert und werden von dort koordiniert.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Peru ist den meisten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Innerhalb der Vereinten Nationen wird Perus Engagement im Hinblick auf globale Abrüstung und Rüstungskontrolle immer wieder gelobt. Im Bereich der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle setzt sich Peru aktiv für die nukleare Nichtverbreitung und eine atomwaffenfreie Welt ein.

Peru hat im vergangenen Jahrzehnt eine bedeutende Entwicklung im Hinblick auf Menschenrechte durchgemacht, jedoch wurde das Jahr 2020 von landesweiten Protesten erschüttert, die von der Polizei mit exzessiver, teils tödlicher Gewalt beantwortet wurden. In der Verfassung sind grundlegende Menschen- und Bürgerrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Gleichheit vor dem Gesetz verankert. In der Praxis sind zahlreiche Mängel, Verstöße und Unzulänglichkeiten festzustellen. Immer wieder gibt es Berichte über Folter durch die Polizei, das Militär und Gefängniswärter:innen. In den seltensten Fällen werden die Täter:innen bestraft.

Innerhalb der Grenzgebiete zu Kolumbien und Ecuador sowie in Gebieten, in denen die Rebell:innengruppen weiterhin aktiv sind, übt das Militär weiterhin eine umfangreiche Kontrolle aus. Dort kommt es häufig zum Verschwinden von Menschen. Im Bereich der Minderheitenrechte und -repräsentation sowie hinsichtlich des Problems der weitverbreiteten Gewalt gegen Frauen gibt es immer noch erheblichen Aufholbedarf.

Peru ist nach wie vor durch zwei Jahrzehnte Bürgerkrieg von 1980 bis 2000 geprägt, der zwischen der Regierung auf der einen Seite sowie den Rebell:innengruppen Leuchtender Pfad und der Revolutionären Bewegung Túpac Amura auf der anderen Seite ausgetragen wurde. Letztere löste sich 1997 auf. Seit 2000 ist eine weitgehende Deeskalation des Konflikts zu verzeichnen, jedoch keine Beendigung.

Die gesamte Region Lateinamerikas ist von dem Kampf um die regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. In der Vergangenheit haben Mexiko und Brasilien jedoch trotz ihres Konflikts um die Führungsrolle eine deutliche Verbesserung ihrer Beziehung erzielt. Brasilien ist dennoch bestrebt, durch den Ausbau und die Modernisierung seines Militärs seinen regionalen Führungsanspruch zu untermauern.

Zwischen 1980 und 2000 war Terrorismus ein großes Problem in Peru. Unter dem damaligen Präsident Fujimori wurden zahlreiche Anti-Terrorgesetze verabschiedet, die den staatlichen Sicherheitskräften umfassende Rechte einräumten. Ergebnis waren willkürliche Verhaftungen und Folter im „Dienste des Anti-Terrorkampfes“. International ist Peru allen Abkommen zur Verhinderung oder Bekämpfung von Terrorismus beigetreten. Lima ist auch den wichtigen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Das Land kämpft mit einer ausufernden Kriminalität. Morde, gewaltsame Übergriffe und Erpressung

haben in den Städten deutlich zugenommen. Die Polizei hat noch keine geeignete Strategie zur Kriminalitätsbekämpfung gefunden. Problematisch bleibt die weit verbreitete Korruption, die große Teile der Gesellschaft durchzieht. Eines der größten Probleme Perus bleibt der Drogenhandel, insbesondere mit Kokain. Insgesamt hat die Regierung den Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen in den vergangenen Jahren deutlich forciert.

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 7.090 US-Dollar pro Kopf gilt Peru als „upper-middle income country“. Die Wirtschaft gilt als mittelmäßig wettbewerbsfähig und resilient. So führte bspw. die Covid-19 Pandemie zu enormen Problemen, die durch Kompensationsprogramme aber abgemildert werden konnten und zu einer schnellen Erholung führten. Die Wachstumsraten sind gering, aber stabil. Die Auslandsverschuldung ist gering und es besteht keine Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern; gewisse Abhängigkeiten von bestimmten Wirtschaftssektoren sind nicht gefährlich hoch, auch wenn diese jüngst erstmals seit 2011 wieder auf 0,4% des GNI angestiegen sind. Mit einem HDI-Wert von 0,762 wird Peru durch den Human Development Index als Land mit einer hohen menschlichen Entwicklung kategorisiert und sticht auch im regionalen Vergleich hervor (lediglich Chile wird unter den Nachbarländern in eine höhere Kategorie eingeordnet). Im Hinblick auf Gesundheits-, Bildungs- und Militärausgaben ist aber kein ausgesprochenes Ungleichgewicht zu erkennen. Rüstungsexporte sind demnach, auch entsprechend der quantitativen Bemessung durch die BICC-Datenbank, als „nicht kritisch“ zu bewerten – auch wenn weiterhin Defizite im Gesundheits- und Bildungsbereich zu erkennen sind.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für Waffenübungsgeräte: 89%	0,24
2000	Teile für U-Boote: 65,8%; Teile für Torpedos, Signalmunition: 34,2%	1,7
2001	Wandler für Unterwasser – Telefonanlagen: 64,9% Teile für Echolotanlagen: 35,1%	0,24
2002	Teile für U-Boote: 98,3%	2,04
2004	Teile für U-Boote	4,65
2005	Flug- und Taktiksimulatoren und Teile für Flug- und Taktiksimulatoren: 93%	0,55
2006	Teile für U-Boote, Überwasserschiffe und Sonaranlagen: 99,8%	4,82
2007	Detektionsausrüstung: 77,6%; Teile für Kanonenmunition: 12,1%	0,37
2008	Teile für Torpedos: 94,2%	1,91
2009	Torpedos und Teile für Flugkörper: 74,7%; Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 23,1%	20,52
2010	Teile für Torpedos: 40,2% Teile für U-Boote: 25,2% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 18,8%	5,61
2011	Kommunikationsausrüstung, Funkaufklärungssystem und Teile für Kommunikationsausrüstung: 39,7% Körperschutzwesten und Teile für Körperschutzwesten: 28,7% Täuschkörperwurfanlagen und Teile für Täuschkörperwurfanlagen: 18,7%	17,58
2012	Teile für Torpedos: 45,8% Handsprechgeräte und Teile für Kommunikationsausrüstung: 32,5% Munition für Jagdwaffen und Sportwaffen: 17,7%	0,42
2013	Torpedos und Teile für Torpedos: 37,8% Infrarotausrüstung, Wärmebildausrüstung und Teile für Bildverstärkerausrüstung: 30,7% Panzerabwehrwaffenübungsgeräte, Nebelmittelwurfanlagen, Waffenzielgeräte und Teile für Panzerabwehrwaffen, Nebelmittelwurfanlagen, Täuschkörperwurfanlagen, Waffenzielgeräte: 18,9%	12,23
2014	Munition für Panzerabwehrwaffen und Nebelmunition: 92,0%	10,26
2015	Software für Satellitenempfangsstation: 43,6% Zielortungssysteme und Teile für Zielortungssysteme: 20,2% Teile für U-Boote: 14,1%	1,02

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Teile für Transportflugzeuge: 10,8%	
2016	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 91,5%	58,11
2017	Feuerleiteinrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 86,6%	22,86
2018	U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 96,0%	13,85
2019	Teile für U-Boote und Fregatten: 98,9%	2,66
2020	U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte und Teile für U-Boote, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte: 89,4%	65,61
2021	Feuerleit-Übungsgeräte und Teile für Feuerleit-Übungsgeräte: 98,0%	7,18
2022	Teile für U-Boote: 57,4 % Fallschirme: 25,5 %	0,25
2023	U-Boo-Dieselmotoren und Teile für U-Boote, U-Boot-Dieselmotoren: 96,1%	9,96

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

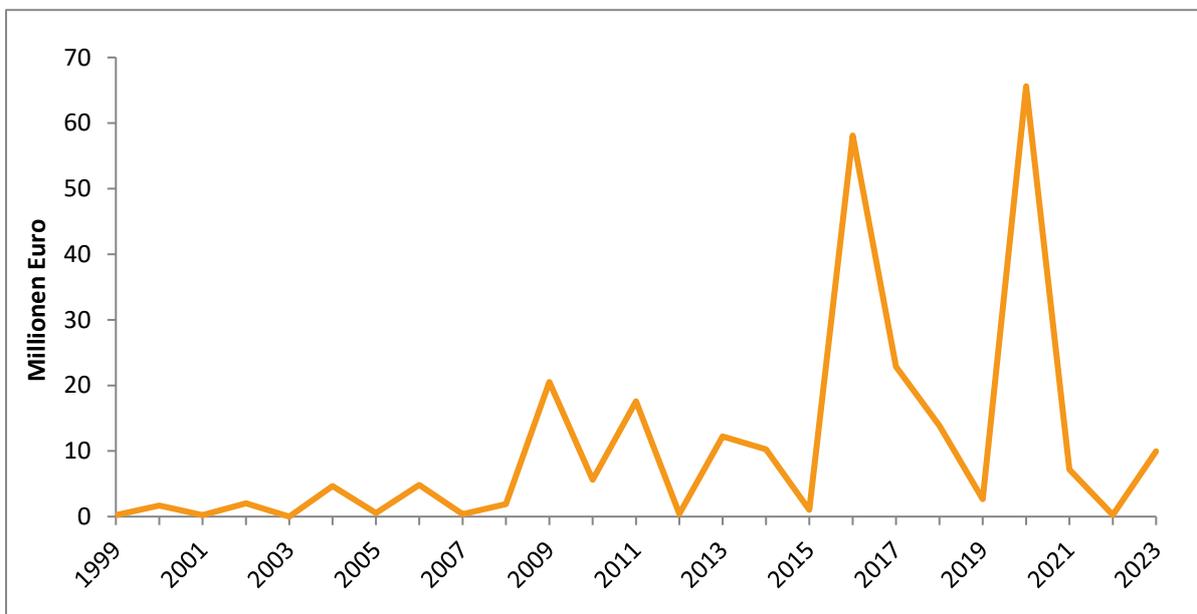


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Peru 2000-2023

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
12	MTU-595	Dieselmotor	(1999)	2000	12	Neuwertig
12	SUT	AS/ASW Torpedos	2008	2009	(12)	Neuwertig
10	A-200	Gepanzerte Fahrzeuge	2019	2021	10	Neuwertig
16	MTU-493	Dieselmotor	2020			Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland liefert im regionalen Vergleich nur in begrenztem Umfang Rüstungsgüter nach Peru. Darunter befinden sich häufig Teile für U-Boote und andere Ersatzteile für den Schiffsbau sowie Kommunikationsausrüstung. Bereits zwischen 1974 und 1977 hat Deutschland die peruanische Marine mit sechs U-209/1200 U-Booten ausgestattet, die sich noch heute im Dienst für den Küstenschutz befinden. In den Jahren 2009 und 2010 lieferten deutsche Firmen Kriegswaffen für 4,5 Mio. Euro bzw. 3,9 Mio. Euro. Im Jahr 2009 handelte es sich insbesondere um Torpedos für die U-Boote der Klasse 209/1200 der peruanischen Marine. Auch im Folgejahr lieferten deutsche Unternehmen hauptsächlich Ersatzteile für U-Boote und Torpedos.

2016 stieg der Wert der deutschen Rüstungsexporte nach Peru erheblich, was auf eine größere Lieferung von LKWs und von Teilen für gepanzerte Fahrzeuge zurückgeht. Auch 2017 wurden deutsche Rüstungsgüter, speziell Feuerleiteinrichtungen, für über 20 Millionen Euro nach Peru exportiert; 2018 genehmigte die Bundesregierung insbesondere U-Boot-Dieselmotoren. 2020 wurde durch die Lieferung von U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräten sowie weiterer Teile für U-Boote mit einem Gesamtwert von 65,6 Millionen ein neuer Höchstwert erzielt. Die jüngsten Lieferungen (2022) fielen mit 251.119 Euro gering aus. Neben U-Boot-Teilen wurden auch Fallschirme geliefert.

In den letzten fünf Jahren (2018 – 2022) wurden keine Ausfuhren nach Peru abgelehnt. So auch nicht im Jahr 2023, als die Bundesregierung die Ausfuhr von U-Boot-Dieselmotoren und Teile hierfür nach Peru mit einem Gesamtwert von 5,13 Mio. Euro genehmigte.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Peru 2019-2023, Mio. TIV

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	-	28	62	38	22	150

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

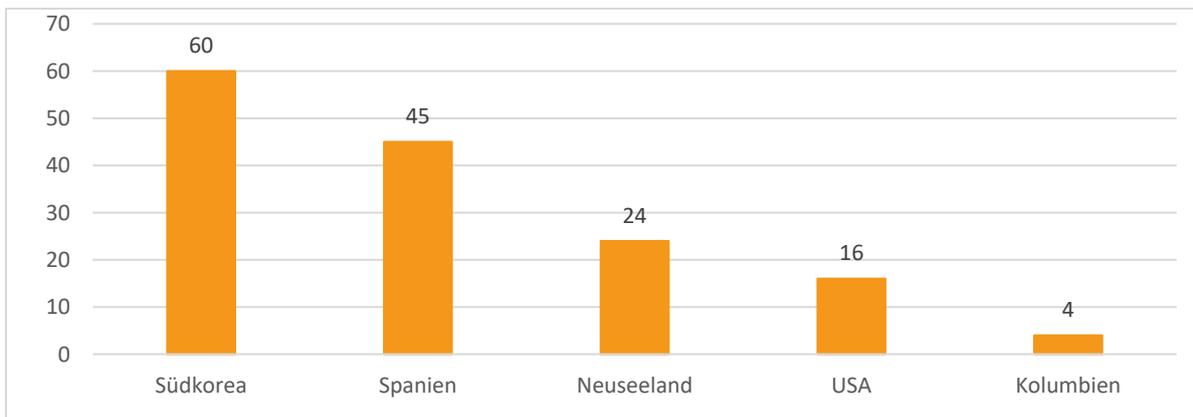
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Peru 2019-2023, Mio. TIV¹

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	-	-	1	-	-	1

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2019-2023, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: April 2024) nahm Peru zwischen 2019 und 2023 die 74. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Im Allgemeinen verfolgt Peru seit einigen Jahren eine Strategie der Modernisierung, um mit Hilfe ausländischer Partner, Flugzeuge und Transporthubschrauber Instand zu setzen. Peru bezieht seine Waffen aus unterschiedlichen Ländern und pflegt enge Beziehungen zu den Lieferstaaten. Ein Großteil der Waffen wird zu deutlich günstigeren Konditionen gebraucht angeschafft. Laut SIPRI war zwischen 2019 und 2023 Südkorea wichtigster Rüstungslieferant für Peru, gefolgt von Spanien, Neuseeland, den USA und Kolumbien.

Südkoreas Bedeutung als Perus größter Rüstungslieferant im Zeitraum von 2019- 2023 Peru resultiert aus der Lieferung einer Fregatte des Typs Poh Hang, welche in Peru als Ferré-Klasse geführt wird. Das Schiff wurde 2021 gebraucht importiert. In vorhergehenden Jahren bezog Peru u. A. eine weitere Fregatte (2016), 20 KT-1 Trainingsflugzeugen (2014 bis 2017), zwei amphibischen Transportdocks in 2018 und insgesamt sechs Patrouillenbooten zwischen 2016 und 2021.

Aus Spanien – im Betrachtungszeitraum Perus zweitgrößter Lieferant – bezog das Land 2020 zwei gebrauchte C-130H Transportflugzeuge. 2023 erfolgte eine Schenkung von Seiten Spaniens von vier SH-3H Sea King Hubschraubern, welche vor allem zur U-Boot-Abwehr dienen.

Mit Neuseeland im Betrachtungszeitraum Perus drittgrößter Lieferant - vereinbarte Peru 2014 die Lieferung von insgesamt fünf gebrauchten (teilweise modernisierten) Hubschraubern zur U-Boot-Abwehr vom Typ SH-2G Super Seasprite. Von diesen wurde 2022 vier geliefert. Bereits 2016 lieferte Neuseeland 41 AGM-65 Maverick Seezielflugkörper an Peru.

Die auf Rang vier und fünf liegenden USA bzw. Kolumbien lieferten in den letzten fünf Jahren hauptsächlich Flugzeuge und Hubschrauber nach Peru exportiert: So wurden zwischen 2019 und 2022 zehn von 18 geplanten ursprünglich in den USA entwickelten CH-2000 Leichtflugzeugen in Peru in Lizenz produziert. 2020 bis 2021 erhielt Peru insgesamt vier leichte F-28 Hubschrauber; 2022 lieferten die USA ein ausgemustertes Boeing-737 Classic Transportflugzeug und ein gebrauchtes T-34C Turbo Mentor Trainingsflugzeug nach Peru. 2022 orderte Peru außerdem im Rahmen eines 13,4 Mio. US-Dollar Geschäftes ein leichtes King Air Transportflugzeug aus den USA, von dem es 2023 drei weitere bestellte. 2020 importierte Peru außerdem aus Kolumbien ein gebrauchtes An-32 Transportflugzeug.

Lima verfügt seit 2005 wie Chile und Ecuador über einen Rüstungsfond, der maßgeblich durch den Export natürlicher Ressourcen (Gas) gespeist und in Zeiten klammer Kassen für Beschaffungen genutzt wird. Für Beschaffungsvorhaben und Modernisierung stehen bis zum Jahr 2025 geplante 1,2 Milliarden US-Dollar zur Verfügung.

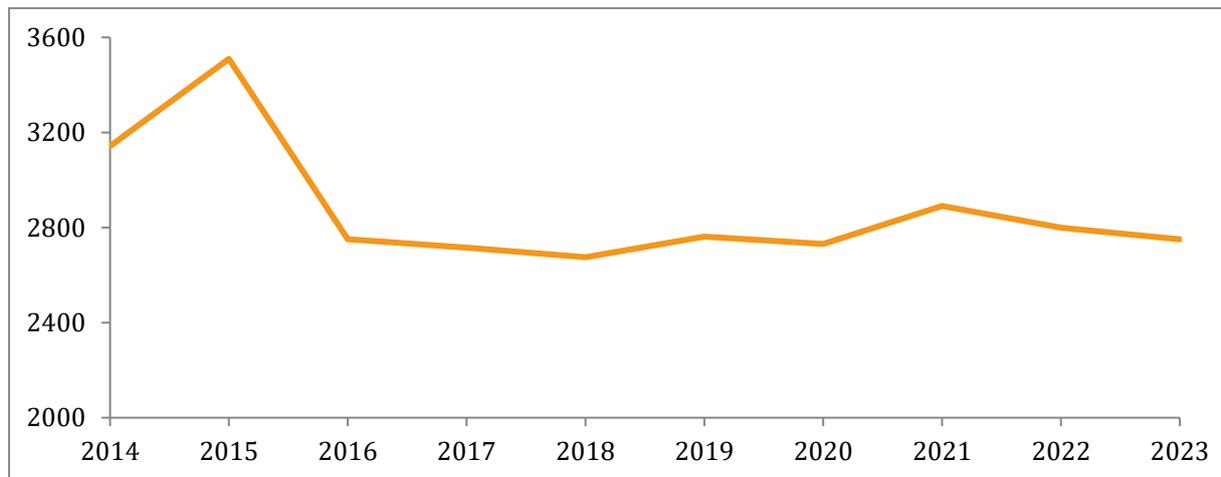
Militärausgaben

Tabelle 5
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

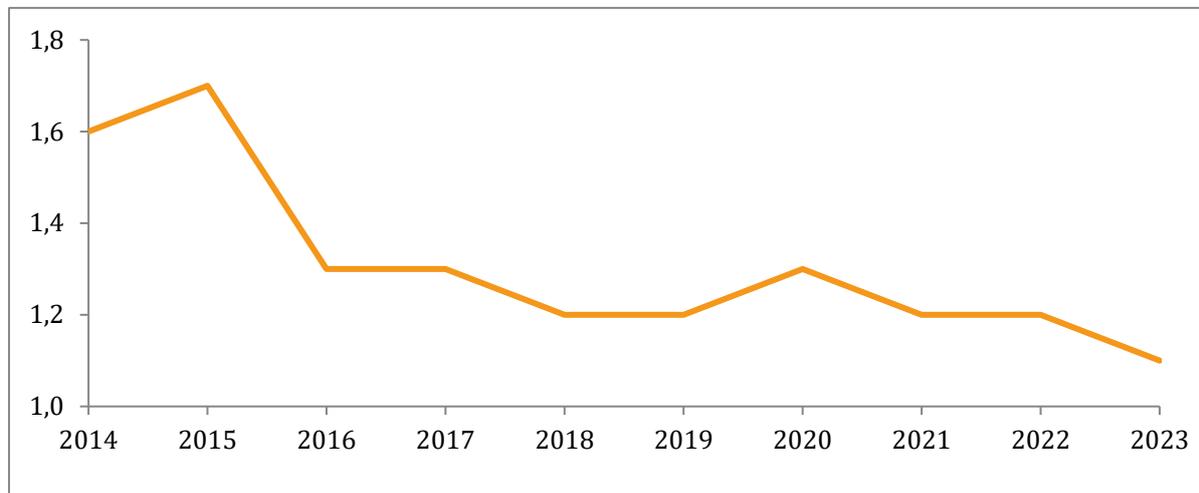
	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2762	2731	2891	2799	2750
Anteil am BIP (in Prozent)	1,2	1,3	1,2	1,2	1,1
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	5,6	4,8	5,0	4,9	4,9

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3
Absolute Militärausgaben, Trend 2014 – 2023 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2022.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

In Peru existiert keine nennenswerte Rüstungsindustrie. Vereinzelt werden Kleinwaffen und Munition produziert. Daher ist die Regierung bestrebt, in bestimmten Bereichen eigene Kapazitäten aufzubauen, um die Unabhängigkeit bei Rüstungsgütern zu erhöhen. Dazu unterzeichneten im Jahr 2008 der russische Rüstungskonzern Rosoboronexport und das peruanische Verteidigungsministerium eine Kooperationsvereinbarung, die eine engere Zusammenarbeit im Rüstungssektor vorsieht. Das peruanische Verteidigungsministerium vereinbarte auch mit dem russischen Konsortium Oboronprom eine Kooperation zum Aufbau eines technischen Service- und Modernisierungszentrum für Mi-8, Mi-17 und Mi-26 Helikopter. Im Dezember 2011 einigten sich die Verteidigungsminister von Brasilien und Peru auf Basis einer Erklärung aus dem Jahre 2004 auf ein Kooperationsabkommen im Rüstungssektor. Schwerpunkte der bilateralen Zusammenarbeit sollen der Schiffsbau und die Flugzeugindustrie sein. Aus peruanischer Sicht wird dies als Meilenstein beim Aufbau einer heimischen Rüstungsindustrie angesehen. Auch deutsche Unternehmen kooperieren eng mit der peruanischen Rüstungsindustrie, etwa im Bereich der Marine durch die Modernisierung der deutschen U-Boote 209/1200 oder im Bereich des Hubschrauberbaus und der Instandhaltung des Eurocopter Hubschrauber vom Typs Bo-105. Darüber hinaus besteht das Interesse, die Zusammenarbeit im technologischen Bereich zu vertiefen. Insgesamt ist jedoch davon auszugehen, dass keine Großwaffensysteme oder Klein- und Leichtwaffen aus Peru exportiert werden.

Die staatliche Schiffswerft SIMA sowie das staatliche Luftfahrtunternehmen SEMAN haben sich in den letzten Jahren dennoch hervor getan. So schloss SEMAN 2017 eine Endmontage an einem südkoreanischen Trainingsflugzeug (KT-1) ab und die Marine konnte 2018 das erste, nach südkoreanischem Entwurf, lokal gebaute Mehrzweckschiff entgegennehmen. Außerdem kooperiert SIMA mit anderen südamerikanischen Unternehmen in der

Entwicklung von Krankenhausschiffen, die medizinische Versorgung und behördliche Dienste, wie die Ausstellung von Geburts- und Ausweisdokumenten, in entlegenen Regionen erbringen sollen. Des Weiteren lieferte SIMA im Juli 2020 zwei Patrouillenboote der Río Pativilca-Klasse und befindet sich derzeit im Bau von Flusstransportschiffen (Motochatas), mit deren Hilfe auf dem Landweg nicht erreichbare Außenposten der Armee mit Ausrüstung versorgt werden sollen. Im Jahr 2024 wurden zudem ein Vertrag über 640 Millionen Dollar zwischen SIMA und Hyundai Heavy Industries über die gemeinsame Produktion einer Fregatte, eines Offshore-Patrouillenschiffs (OPV) und zweier Amphibienschiffe abgeschlossen. Alle Schiffe sollen in Peru selbst produziert werden.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 12 Monate freiwilliger Wehrdienst für Männer und Frauen

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

81.000 aktiv, davon:

Heer: 47.500

Marine: 24.000 (einschließlich 1.000 Küstenwacheeinheiten)

Luftwaffe: 9.500

Reserve: 188.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 77.000, davon:

Nationale Polizei: 77.000

Rondas Campesinas: k. A.

Quelle: IISS Military Balance 2024

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2023

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Aktive in 1.000 (IISS)	81	81	81	81	81	81	81	81	81
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5	2,4	2,4	2,4	...

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2024, World Bank

Kommentar

Das peruanische Militär verfügt über Heer, Marine und Luftwaffe, wobei eine Mehrzahl der Soldat:innen im Heer konzentriert ist. Zusätzlich steht eine große Reserve bereit. Nach Brasilien und Kolumbien besitzt Peru die größten Streitkräfte der Region. Seine Streitkräfte nehmen an zahlreichen Missionen der Vereinten Nationen wie etwa in der Zentralafrikanischen Republik oder im Sudan teil.

In erster Linie liegt ihre Aufgabe im Erhalt der territorialen Integrität und der inneren Sicherheit, mit Schwerpunkt auf Katastrophenbewältigung sowie Drogen- und Aufstandsbekämpfung. Die Effektivität der Streitkräfte ist allerdings durch die alternde Ausrüstung und geringen Militärausgaben beschränkt. Mit Kolumbien besteht eine Kooperation zur Luftraumüberwachung, zur humanitären Hilfe und zur Drogenbekämpfung.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	240	Davon 75 mit zweifelhafter Einsatzfähigkeit eingelagert
Leichte Panzer	96	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	295	
Aufklärer	95	
Bergepanzer	Einige	
Artillerie	1025	
Panzerabwehr	22	Zusätzlich einige tragbare Panzerabwehrsysteme (u. a. AT-3 Sagger, Kornet E) sowie rückstoßfreie Geschütze (M40A1)
Luftabwehr	165	Zahl der Geschütze; zusätzlich einige Boden-Luft-Raketen (u. a. Strela-3, Igla-1)
Patrouillenboote	1	
Transportflugzeuge	17	
Ausbildungsflugzeuge	4	
Ausbildungshubschrauber	4	
Mehrzweckhubschrauber	7	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transporthubschrauber	36	Davon 3 im Lager

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Das Heer profitierte, wie auch die anderen Teilstreitkräfte, von einem umfassenden Modernisierungsprogramm aus dem Jahr 2007, wodurch in den folgenden Jahren zusätzlich 1,3 Milliarden US-Dollar aus Gasverkäufen bereitgestellt wurden. Bereits im Jahr 2004 wurde ein Gesetz erlassen, das die Zuweisung von 20 Prozent der Erlöse aus dem Gasverkauf zu gleichen Teilen an das Heer, die Marine, die Luftwaffe sowie die Nationalpolizei vorsah. Das peruanische Heer verfügt zwar über eine Vielzahl schwerer Waffensysteme sowie zahlreiche Geschütze. Diese sind jedoch größtenteils veraltet. Teilweise sind Waffen und Gerät nur bedingt einsatzbereit. So setzt das peruanische Heer als Hauptkampfpanzer etwa immer noch den zwischen 1946 und 1980 produzierten T-55 ein. 75 der insgesamt 240 Panzer sind inzwischen eingelagert. Die im Einsatz befindlichen leichten Panzer des Typs AMX-13 wurden im gleichen Zeitraum produziert. Neuere Beschaffungen wurden nur in geringem Umfang bewilligt. 2016-2017 wurde das Heer mit insgesamt 338 Militär-LKWs von Rheinmetall MAN Military Vehicles ausgestattet. Im Jahr 2021 bezog Peru zehn gepanzerte Fahrzeuge A-200 des deutschen Herstellers Aurum Security GmbH, welche überwiegend zur Drogenbekämpfung in schwer erreichbaren Gegenden eingesetzt werden soll. Aus China erhielt das Heer 27 selbstfahrende 122mm-Haubitzen des Typs 90. Eine bemerkenswerte Anschaffung war der Kauf eines französischen Aufklärungssatelliten Astrosat-300 im Jahr 2014 (geliefert 2016), der von der Nationalen Kommission für Weltraumforschung und -entwicklung unterhalten wird.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	6	
Fregatten	6	
Patrouillenboote	13	
Davon Korvetten	7	
Amphibienfahrzeuge	9	
Logistik und Unterstützung	24	

Quelle: IISS Military Balance 2024

Box 2**Weitere Marineeinheiten***Marineflieger:**7 Seefernaufklärer**3 Ausbildungsflugzeuge**4 Transportflugzeuge**1 Flugzeug zur elektronischen Kriegsführung**16 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr**5 Ausbildungshubschrauber**10 Transporthubschrauber**3 Mehrzweckhubschrauber**Einige Raketen (u. a. AM-39 Exocet)**Marineinfanterie:**7 gepanzerte Nutzfahrzeuge**Mehr als 47 gepanzerte Mannschaftstransporter**Mehr als 18 Artilleriegeschütze**Einige tragbare Panzerabwehrwaffen (Carl Gustav, M40A1)**Einige Luftabwehrgeschütze**Quelle: IISS Military Balance 2024***Kommentar**

Die peruanische Marine ist mit dem Schutz der Küstengewässer, der Flüsse sowie der Gewässer des pazifischen Ozeans in dem Gebiet der Exklusiven Wirtschaftszone (EEZ) beauftragt. Mit sechs U-Booten, sechs Fregatten und sieben Korvetten ist die Marine an sich nicht schlecht aufgestellt. Die meisten dieser Schiffe sind jedoch stark veraltet. So wurden die sechs in Dienst befindlichen U-Boote des Typs 209 zwischen 1975 und 1983 aus Deutschland geliefert. Zwei dieser Boote wurden 2008 in Peru selbst modernisiert, vier weitere warten derzeit noch auf eine Modernisierung. Bei den eingesetzten Fregatten handelt es sich um italienische Lupo Klassen. Die Hälfte wurde bis 1987 direkt aus Italien bezogen bzw. lokale produziert. Vier weitere wurden 2005 bis 2007 gebraucht aus Italien importiert.

Zum Schutz der Küstengewässer ist davon auszugehen, wurden in den vergangenen Jahren neue Patrouillenboote beschafft werden. So hat Peru bspw. zwischen 2016 und 2021 insgesamt sechs Patrouillenboote vom Typ PGCP-50 aus Südkorea importiert. Außerdem lieferte Südkorea 2016 eine gebrauchte Po Hang Korvette, 2021 folgte eine weitere. Ende 2012 hat die peruanische Marine für 72 Millionen Euro 16 MM40 Exocet 3 radar-gesteuerte Anti-Schiffsraketen bestellt, die auf den generalüberholten Lupo Fregatten zum Einsatz kommen sollen und zwischen 2014 und 2015 geliefert wurden. Insgesamt sollen vier der sechs U-Boote durch SIMA nach- und aufgerüstet werden. 2021 wurden zudem sieben Patrouillen-, Abfang- und Versorgungsboote empfangen.

Insgesamt zielt die umfassende Modernisierung darauf ab, die Marine einerseits für den Einsatz zur Unterbindung des Drogenhandels in der Region und andererseits zur Abwehr

gegen ausländische Kriegsschiffe auszurüsten. In diesem Zusammenhang hat Peru den Kauf von bis zu fünf Griffon 2000TD Luftkissenbooten beschlossen, die besonders im Amazonasgebiet entlang der brasilianischen Grenze eingesetzt werden sollen. Die peruanischen Marineflieger haben zuletzt holländische Fokker-60 in Dienst genommen, die die Aufklärungs- und Überwachungskapazitäten verbessern sollen.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	12	Einsatzfähigkeit einiger zweifelhaft
Jagdflugzeug	19	
Erdkampfflugzeuge	33	Davon 14 eingelagert
Aufklärungsflugzeuge	5	
Ausbildungsflugzeuge	75	Davon 10 kampffähig; Einsatzfähigkeit einiger zweifelhaft
Tank- und Transportflugzeuge	2	
Transportflugzeuge	37	Davon 3 Passagierflugzeuge
Kampfhubschrauber	18	
Ausbildungshubschrauber	4	
Mehrzweckhubschrauber	12	
Transporthubschrauber	25	
Luftabwehr	Einige	u. a. S-125 Pechora, Javelin
Raketen	Einige	u. a. R-550 Magic; Kh-58

Quelle: *IISS Military Balance 2024*

Kommentar

Die peruanische Luftwaffe weist den größten Modernisierungsbedarf innerhalb der Streitkräfte auf. Es wird berichtet, dass nur etwa 30 Prozent der Flugzeuge für Einsätze, Operationen und Trainingsflüge bereitstehen. Während in dem 2007 verabschiedeten Modernisierungsplan noch die Aufteilung der Gelder zu gleichen Teilen zwischen den Teilstreitkräften vorgesehen war, hat sich inzwischen der Fokus deutlich zu Gunsten der Luftwaffe verschoben. Insgesamt ist die peruanische Luftwaffe auf die Verteidigung des Luftraums sowie auf die Aufstandsbekämpfung (COIN) ausgerichtet. Zunehmend hat sie sich auf die südliche Grenze mit Chile konzentriert. Dazu sind in den letzten Jahren auch einige Hubschrauber mit neuen Überwachungs- und Waffensystemen ausgestattet worden.

Insgesamt verfügt die Luftwaffe über 60 Kampfflugzeuge und 18 Angriffshubschrauber. Die Jagdflugzeugflotte besteht aus 19 MiG-29 diverser Typen (MiG-29 S/SE7SMP/UBM). Diese sollten eigentlich für etwa 100 Mio. US-Dollar in Russland umfassend modernisiert werden. Anscheinend lief diese Modernisierung aber schleppend und ohne die erwarteten Resultate. Daher wird inzwischen die Beschaffung von amerikanischen Flugzeugen des Typs F-16C diskutiert, welche auch die derzeit als Erdkampfflugzeug fungierenden vierzig Jahre alten zwölf Mirage 2000ED/E ersetzen könnten. Letztere sind inzwischen ob des hohen Alters wohl nicht mehr einsatzfähig.

Zur Bekämpfung des Kokainanbaus und des Terrorismus vereinbarten Russland und Peru die Lieferung von zwei Mi-35P Kampfhubschraubern im Frühjahr 2011. Neben diesen setzte die Luftwaffe 16 russische Mi-25 Hind D Kampfhubschrauber und zehn Mi-171Sh Transporthubschrauber ein. Von ersteren sind jedoch wohl einige nicht mehr einsatzfähig sind. Ähnlich wie bei den MiG-29 ist bei den Kampfhubschraubern aufgrund des Krieges in der Ukraine die Versorgung mit Ersatzteilen wohl nur noch bedingt gegeben. Bereits im April 2021 kam es zu einem Absturz eines Mi-17 bei dem 6 Soldat:innen ums Leben. Der Absturz war vermutlich technisch bedingt.

In Kanada hat die peruanische Luftwaffe zwölf Transportflugzeuge des Typs DHC-6 Twin Otter im Wert von 67 Millionen US-Dollar bestellt, die Auslieferung erfolgte bis 2014. Die vier gelieferten italienischen C-27J Spartan Transportflugzeuge sollten die Kapazitäten der peruanischen Luftwaffe weiter stärken. Anfang 2016 begann die Modernisierung der L-100 Hercules Transportflugzeuge. Leichtflugzeuge, leichte Helikopter, Transportflugzeuge und Ausbildungsflugzeuge hat Peru auch aus den USA zwischen 2018 und 2022 beschafft. 2017 beschloss die peruanische Regierung in Reaktion auf massive Überflutungen, unter anderem neue Hubschrauber und Transportflugzeuge anzuschaffen. Spekuliert wurde in diesem Zusammenhang unter anderem über sechs Lockheed Martin 130 Hercules-Flugzeuge, acht Leonardo C-27J Spartan-Flugzeuge, acht Mehrzweck- und Transporthubschrauber des Typs Mi-171 und vier SAR-Helikopter. Insgesamt deuten die Rüstungsanschaffungen für die Luftwaffe der letzten Jahre darauf hin, dass das Inventar diversifiziert werden soll, um Herausforderungen, wie dem Drogenhandel und dem „Leuchtenden Pfad“ begegnen zu können.

Die Spekulationen haben sich in Bezug auf die KC-130 Hercules bestätigt (gebraucht gekauft von Spanien in 2020) – diese werden nun als Tank- und Transportflugzeuge genutzt. Des Weiteren wurden allerdings acht Enstrom F280FX bestellt, die vermutlich die alternde S-300C-Flotte ersetzen sollen.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Küstenwache:

44 Patrouillenboote

1 Logistik- und Unterstützungsschiff

3 Transportflugzeuge

Nationale Polizei:

120 gepanzerte Mannschaftstransporter

5 Transportflugzeuge
 4 Mehrzweckhubschrauber
 16 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2024

Box 4

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 5 Soldat:innen

Libanon (UNIFIL): 1 Soldat:in

Sudan (UNISFA): 4 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 5 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 258 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2024

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Perus Militär nimmt eine zwar umstrittene Rolle in Gesellschaft und Politik ein. Unter der Herrschaft Präsident Fujimoris in den 1990er Jahren übte es einen starken Einfluss auf die Politik aus. Erst in den letzten Jahrzehnten ist es gelungen, die zivile Kontrolle über das Militär zu verbessern und auszubauen. Verteidigungsbudgets und Sicherheitspolitik werden von der Politik und nicht vom Militär bestimmt. Seit 2001 stehen erstmals Zivilist:innen an der Spitze des Verteidigungsministeriums und des Geheimdienstes. Zusätzlich ist es gelungen, die militärischen Prärogativen der vergangenen Jahrzehnte abzuschaffen. Diese Beschneidung der Rechte des Militärs bildete eine Grundvoraussetzung für seine bessere zivile Kontrolle. Dabei betraf dieser Einschnitt nicht nur die nationale, sondern auch die regionale Ebene. Auch wenn das Militär weiterhin in den lang umkämpften Gebieten der maoistischen Gruppierung Leuchtender Pfad (Sendero Luminoso) für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit zuständig ist, hat es dort seine besondere wirtschaftliche und politische Stellung eingebüßt. Der Konflikt zwischen der Regierung sowie den Rebell:innengruppen Leuchtender Pfad und der Revolutionären Bewegung Túpac Amura zwischen 1980 und 2000 verursachte viel Leid in der Zivilbevölkerung und forderte zahlreiche Todesopfer. Aufgrund dieser Erfahrungen besteht in Teilen der Bevölkerung ein starkes Misstrauen gegenüber dem Militär. Viele Bürger:innen und zahlreiche Menschenrechtsgruppen werfen den Streitkräften massive Menschenrechtsverletzungen in dieser Zeit vor. Nach dem Ende der Amtszeit Fujimoris begann die Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen des Militärs in der Zeit zwischen 1980 und 2000. Erstmals wurden die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, dass sich Militärangehörige vor einem zivilen Gericht verantworten mussten. Zusätzlich wurde bereits 2001 unter dem damaligen Präsidenten Paniagua eine Wahrheits- und Versöhnungskommission eingerichtet. Innerhalb des Militärs sind das Thema Menschenrechtsverletzung und dessen Aufarbeitung auf Ablehnung gestoßen. Mit der Debatte der letzten Jahre über die Errichtung eines Denkmals für Soldat:innen, die während ihres Kampfes gegen Rebell:innengruppen zwischen 1980 und 2000 gefallen sind, hat die Auseinandersetzung über die Menschenrechtsverletzungen in der Gesellschaft neuen Zündstoff bekommen.

Dennoch gilt das Militär, einer Umfrage des Latinobarometers aus dem Jahr 2020 zufolge, als eine der vertrauenswürdigsten Institutionen des Landes: Während im Jahr 2010 lediglich 4,5 Prozent der Befragten angaben, ein hohes Vertrauen in das Militär zu besitzen und 25 Prozent angaben, überhaupt kein Vertrauen in die Institution zu haben, waren es 2020 17 Prozent, die ein hohes Vertrauen, und 16,9 Prozent, die überhaupt kein Vertrauen anführten. Lediglich die Kirche genießt der Umfrage zufolge ein höheres Vertrauen. Ergebnissen des letzten [World Values Survey](#) zufolge (Erhebung 2017-2022) vertrauten 8,9 Prozent der peruanischen Befragten dem Militär sehr, während 26,4 Prozent dem Militär generell ihr Vertrauen aussprachen. Dem hingegen hatten jedoch 40,3 Prozent der Befragten wenig Vertrauen ins Militär und 23,4 Prozent gar keins.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

In weiten Teilen hat Peru die Polizei- und Sicherheitsstrukturen von Spanien und Portugal geerbt. Diese waren stark zentralistisch, militaristisch und sehr regierungsnah. Im Jahr 1988 wurde die heutige peruanische Nationalpolizei geschaffen, die aus einem Zusammenschluss der bis dahin existierenden Republikanischen Garde, der Zivilen Garde und der Kriminalpolizei hervorging und ebenfalls militaristisch ausgerichtet war. In der Zeit des Bürgerkrieges in Peru war die Polizei in den Konfliktgebieten, die mehr als die Hälfte des Landes ausmachten, direkt dem Militär unterstellt und auch an Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Zur gleichen Zeit war die Polizei auch regelmäßig Opfer terroristischer Anschläge. In Fujimoris Amtszeit waren sowohl Polizei als auch Militär verlängerter Arm des Regimes und wurden durch den Geheimdienst kontrolliert. Mit systematischer Bestechung und Einschüchterung durch den Präsidenten und den Geheimdienst konnte ihre Loyalität sichergestellt werden.

Nach dem Sturz Fujimoris begann eine Polizeireform, deren Ziele und Durchführung jedoch nicht klar definiert waren. Innerhalb des Innenministeriums wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Reform koordinieren sollte, doch die großen Versprechen der Demokratisierung wurden nicht eingehalten. Letztlich behielt die Polizei einen Großteil ihrer Macht.

Heute untersteht die Nationalpolizei der zivilen Führung im Innenministerium und besteht aus bis zu 26 Abteilungen, von denen die wichtigsten DINOES (Spezialoperationen), DINANDRO (Drogenbekämpfung), DININCRI (Kriminalpolizei) und DIRCOTE (Terrorismusabwehr) sind. In der Nationalpolizei verrichteten bspw. 2015 ca. 124.000 Polizist:innen ihren Dienst. Obwohl sowohl weiterhin Korruption als auch gesellschaftliches Misstrauen herrschen und die Polizeireform wenig Erfolge vorweisen kann, hat das allgemeine Vertrauen in die Polizei,

Daten des World Value Survey (2017 – 2020) zufolge, in den vergangenen Jahren zugenommen.

Neben der Polizei prägen die serenazgos (Wächter:innen) das Stadtbild vieler Städte in Peru. Diese uniformierten Sicherheitskräfte sind in der Regel von den städtischen Verwaltungen organisiert und werden von dort koordiniert. Sie sind unbewaffnet und stammen aus der Zeit des Bürgerkrieges, als die Polizei in die Aufstandsbekämpfung involviert war und ihrer eigentlichen Aufgabe, der Herstellung von Sicherheit für die Bürger:innen, nicht gerecht wurde. Ein Gesetz von 2002 sah zwar eine engere Kooperation mit der Polizei vor, wurde jedoch bis heute nicht umgesetzt. Angesichts des politischen Missbrauchs der serenazgos durch einige Bürgermeister:innen ist das Misstrauen innerhalb der Bevölkerung ihnen gegenüber stark gewachsen.

Diese Verunsicherung gegenüber der Polizei und anderen gesellschaftlichen Sicherheitsstrukturen hat einen umfangreichen privaten Sicherheitsmarkt in Peru entstehen lassen. Heute gibt es etwa 540 private Sicherheitsfirmen, die bis zu 90.000 Menschen beschäftigen und zahlreiche Dienstleistungen anbieten, die von Objekt- bis zum Personenschutz reichen.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Beigetreten	Treaties.un.org

Kommentar

Peru ist den meisten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Einzig der Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978 ist Peru nicht beigetreten. Gründe für den Nicht-Beitritt sind allerdings nicht zu finden. In der Vergangenheit hat Lima immer wieder Vorstöße unternommen, die Militärausgaben in der Region zu begrenzen und das Problem des generellen Misstrauens zwischen den Staaten als Hindernis für Abrüstung aufzugreifen. Im Bereich der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle setzt sich Peru aktiv für die nukleare Nichtverbreitung und eine atomwaffenfreie Welt ein.

Derzeit sind weder von den Vereinten Nationen noch von der Europäischen Union Sanktionen gegen Peru verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were no significant changes in the human rights situation in Peru during the year.

Siehe Report 2022:

Peru is a constitutional, multiparty republic. Dina Ercilia Boluarte Zegarra assumed the presidency on December 7, following an attempt by then President José Pedro Castillo Terrones, elected in July 2021, to unilaterally dissolve congress and his subsequent impeachment and arrest. President Boluarte previously served as Castillo's vice president from July 2021, until December 7. The 130 members of congress, elected in 2021 alongside the executive, continued with their terms. The Peruvian National Police report to the Ministry of Interior and maintain internal security. The Peruvian Armed Forces, reporting to the Ministry of Defense, are responsible for external security in addition to some domestic security responsibilities in designated emergency areas and in exceptional circumstances. Civilian authorities maintained effective control over security forces. There were reports that members of security forces committed some abuses. Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings; restrictions on free expression and media, including the existence of criminal libel laws and violence or threats of violence against journalists; serious government corruption; and lack of investigation of and accountability for gender-based violence. The government took steps to investigate and, in some cases, prosecute or otherwise punish public officials accused of abuses and corruption, including high-level officials. Nonetheless, corruption and a perception of impunity remained prevalent.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/peru/>

Box 6**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023**

Security forces responded to protests with excessive use of force, especially in regions with largely Indigenous populations. Reparations for the La Pampilla refinery oil spill had still not happened. Human rights defenders remained at significant risk, and impunity for killings prevailed. Sexual and gender-based violence remained prevalent, including against children and adolescents. Authorities obstructed the right to abortion in cases of child pregnancy. New legislation undermined gender equality. LGBTI people continued to face violence and discriminatory legislation. Authorities denied Venezuelans the protection they were due. Victims of forced sterilization had still not been granted reparation. Authorities released former president Alberto Fujimori from prison, disregarding a ruling of the Inter-American Court of Human Rights and undermining justice for victims. Security forces responded to protests with excessive use of force, especially in regions with largely Indigenous populations. Reparations for the La Pampilla refinery oil spill had still not happened. Human rights defenders remained at significant risk, and impunity for killings prevailed. Sexual and gender-based violence remained prevalent, including against children and adolescents. Authorities obstructed the right to abortion in cases of child pregnancy. New legislation undermined gender equality. LGBTI people continued to face violence and discriminatory legislation. Authorities denied Venezuelans the protection they were due. Victims of forced sterilization had still not been granted reparation. Authorities released former president Alberto Fujimori from prison, disregarding a ruling of the Inter-American Court of Human Rights and undermining justice for victims.

Quelle: Amnesty International Report April 2024

<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/>

Box 7**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024**

Bewertung für Peru auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 39/60

Politische Rechte: 27/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (66/100)

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024**

Peru has established democratic political institutions and undergone multiple peaceful transfers of power. However, high-profile corruption scandals have eroded public trust in government. The 2022 ouster of President Pedro Castillo, which led to major and violent protests, and the weakening of judicial

independence have also impacted the country's governing bodies. Indigenous groups suffer from discrimination and inadequate political representation.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/peru/freedom-world/2024>

Kommentar

Peru hat im vergangenen Jahrzehnt eine bedeutende Entwicklung im Hinblick auf Menschenrechte durchgemacht. Während die Zeit zwischen 1980 und 2000 durch den Bürgerkrieg und die damit verbundenen massiven Menschenrechtsverletzungen geprägt wurde, kamen nach dem Sturz von Präsident Alberto Fujimoris die Aufarbeitung der Verbrechen und eine Verbesserung der Menschenrechtspraxis auf die Tagesordnung.

In der Verfassung sind grundlegende Menschen- und Bürgerrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Gleichheit vor dem Gesetz verankert. In der Praxis sind jedoch zahlreiche Mängel, Verstöße und Unzulänglichkeiten festzustellen. Überreste der Rebell:innengruppe Leuchtender Pfad sind weiterhin aktiv und werden für zahlreiche Morde, Einschüchterung sowie in der Vergangenheit auch für das Rekrutieren von Kindersoldat:innen verantwortlich gemacht. Sie ist Berichten zufolge ebenfalls eng in den Drogenhandel verstrickt.

Immer wieder gibt es auch Berichte über Folter durch die Polizei, das Militär und Gefängniswärter:innen. In den seltensten Fällen werden die Täter:innen bestraft. Innerhalb der Grenzgebiete zu Kolumbien und Ecuador sowie in Gebieten, in denen die Rebell:innengruppen weiterhin aktiv sind, übt das Militär eine umfangreiche Kontrolle aus. Dort kommt es häufig zum Verschwinden von Menschen. In einigen Fällen kam es auch zu tödlichen Übergriffen durch die Sicherheitskräfte. Jüngst erschütterte die Polizeigewalt im Rahmen der landesweiten Proteste, die in Folge der Absetzung Vizcarras (2020) ausgebrochen waren, das Land (siehe: Kapitel „[Innere Lage](#)“). Hierbei wurden etliche Personen Opfer willkürlicher Verhaftung. Zwei Menschen starben und mindestens 200 Personen wurden verletzt.

In Bezug auf die Medien- und Presse-, die Versammlungs- und generell die Meinungsfreiheit gibt es vereinzelt Versuche der Regierung, diese zu unterbinden oder durch Einschüchterung bestimmte Meinungen zu verbieten. So werden jährlich zahlreiche Journalist:innen wegen vermeintlicher Diffamierung rechtlich belangt und verurteilt. Verbale Angriffe und Verunglimpfung von Journalist:innen sind üblich. Auch wird teilweise mit übermäßiger Härte gegen Demonstrant:innen vorgegangen. Dabei werden Tränengas, Gummigeschosse aber auch teilweise scharfe Munition gegen Demonstrant:innen eingesetzt. Im Dezember 2022 beispielsweise kam es zu Änderungen im Regierungs- und Verwaltungsapparat, welcher zu Protesten geführt hatte. Die Sicherheitskräfte setzten scharfe Munition und übermäßig viel semi-letale Munition ein, was im Tod von insgesamt 50 Menschen und Hunderten teils schwer verletzten Menschen endete. Dabei wurde der Polizei vorgeworfen unter rassistischen Motiven das Feuer auf Menschen mit mutmaßlich indigener Abstammung eröffnet zu haben.

Hinsichtlich der Rechte und politischen Repräsentation von ethnischen Minderheiten besteht in Peru erheblicher Aufholbedarf. 2011 wurde zwar ein Gesetz verabschiedet, dass die Konsultation indigener Gruppen im Fall von Bergbauaktivitäten vorsieht, jedoch wird ihnen kein Vetorecht eingeräumt und die Definition, was eine Gemeinschaft als indigen qualifiziert, ist äußerst schwammig. In der Folge sind indigene Gemeinschaften oft kontaminiertem Wasser und toxischen Metallen ausgesetzt.

Ein großes Problem in Peru bleibt Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Im aktuellen Amnesty Report wurden 2023 rund 142.182 Fälle von Gewalt gegen Frauen, Mädchen und Jugendlichen gemeldet, was einen Anstieg um 7% verglichen zum Vorjahr darstellt. Laut einer Untersuchung aus 2018 sind rund 68 Prozent der Frauen in Peru mindestens einmal Opfer von psychischer und/oder sexueller Gewalt von Seiten ihrer Partner geworden. Das Ministerium für Frauen und vulnerable Bevölkerungsteile verzeichnete außerdem 166 Femizide sowie 404 versuchte Femizide im Jahr 2019.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Peru has undergone considerable political and social upheaval in recent years. The period under review witnessed the prolongation of the political conflict between the executive and the legislature, challenges in implementing public policies, government corruption and social conflicts that have resulted in the loss of numerous lives. Consequently, political rights and institutions have been weakened, and democracy is on a trajectory toward being hollowed out. During the pandemic, the interim government of Francisco Sagasti (2020 – 2021) was able to achieve its core objectives: deploying the national vaccination process, promoting economic reactivation measures, and organizing the 2021 electoral process. Pedro Castillo (2021 – 2022), a candidate who led a radical leftist party (Perú Libre, PL), narrowly won the presidential election in a run-off marked by political fragmentation and polarization. The legitimacy of his victory was strongly questioned by right-wing sectors, particularly by supporters of the opposition candidate, Keiko Fujimori, who falsely alleged electoral fraud.

Multiple groups in Congress threatened Castillo with the possibility of impeachment practically from the beginning of his term. However, Castillo managed to solidify his position and build informal alliances with congressmen to prevent impeachment. However, on December 7, 2022, amidst a third impeachment motion and amid allegations of corruption and investigations, Castillo unexpectedly chose to carry out a coup d'état. In response, Congress voted to remove Castillo, and hours later, Vice President Dina Boluarte was proclaimed as the first female president in the country's republican history. In her inauguration speech, Boluarte requested support from Congress to overcome the political conflict. However, her government quickly faced intense mobilization in the country, particularly in the southern Andean regions that had given overwhelming support to Castillo in 2021. There was an increase in the number and scale of the mobilizations, with their main demands being the resignation of Boluarte, the acceleration of general elections, and the calling of a constituent assembly. Some of these mobilizations turned violent, with protesters destroying police stations and court buildings and attempting to take control of airports. Moreover, the police and military response to the demonstrations, which openly violated human rights, resulted in more than 50 deaths and thousands of injuries, thereby intensifying citizen protests.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/PER>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2023)

Im Jahresbericht 2023 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt

wurden, erzielte Peru 33 Punkte (2022: 36 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Angola, die Mongolei und Usbekistan. Deutschland erzielte 78 Punkte.

Quelle: [2023 Corruption Perceptions Index: Explore the... - Transparency.org](#)

Spannungen und innere Konflikte

Peru ist nach wie vor durch zwei Jahrzehnte Bürgerkrieg von 1980 bis 2000 geprägt, der zwischen der Regierung auf der einen Seite und den Rebell:innengruppen Leuchtender Pfad und der Revolutionären Bewegung Túpac Amura auf der anderen Seite ausgetragen wurde. Seit 2000 ist eine Deeskalation des Konflikts zu verzeichnen, jedoch keine Beendigung. Immer wieder kommt es zwischen Regierungstruppen und Anhänger:innen der Rebell:innengruppen, insbesondere des Leuchtenden Pfads, zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die auf beiden Seiten Tote fordern. Die Gruppe Leuchtender Pfad hat sich inzwischen in zwei Fraktionen aufgespalten. Beide werden beschuldigt, den Drogenhandel des Landes zu kontrollieren und Menschen als Zwangsarbeiter:innen gefangen zu halten. So wurden 2015 bspw. 45 Personen – darunter einige Kinder – der indigenen Gruppe der Ashaninka von peruanischen Sicherheitskräften gerettet, die über Jahrzehnte hinweg festgehalten und zur Arbeit gezwungen worden waren. Im Mai 2021 hatten Rebell:innen des Leuchtenden Pfads 16 Menschen in Zentralperu getötet.

Seit etwa 2008 besteht zudem zwischen verschiedenen Oppositionsgruppen und Bergarbeiter:innenverbänden auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite ein Konflikt über die liberale Wirtschaftspolitik und den Umgang mit den natürlichen Ressourcen des Landes. Indigene Bevölkerungsgruppen reklamieren immer wieder einen Anteil der Rohstoffeinnahmen für sich und wehren sich gegen die Ausbeutung des Amazonasgebiets. Es kam in diesem Zusammenhang zu Zusammenstößen zwischen Demonstrant:innen und der Polizei mit dutzenden Toten. Außerdem kam es zu Massenprotesten gegen die Gewalt gegen Frauen, die unter anderem aus den vielen Taten sexueller Gewalt resultierten. Nach Angaben von Human Rights Watch kam es zwischen Januar und August 2023 zu 112 Femiziden in Peru. Ein leichter Rückgang zum Vorjahr, in welchem rund 137 Fälle gemeldet wurden. Auch Abtreibungen sind in Peru nur möglich wenn die Schwangerschaft die Gesundheit oder das Leben der schwangeren Frauen bedroht. Selbst dann haben Frauen noch mit massiven bürokratischen Hürden zu kämpfen.

Ende 2020 ereigneten sich in Peru Massenproteste in Folge der Absetzung von Präsident Vizcarra. Mit dem Argument eines „Mangels an Moral“ hatte der Kongress ihn im Rahmen zweifelhafter legaler Prozesse abgesetzt. Gegen Vizcarra läuft eine Untersuchung wegen vermeintlicher Korruption. Er hatte zahlreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption im Land initiiert. Unter den Kongressmitgliedern, die für eine Absetzung von Vizcarra stimmten, waren etliche Personen, gegen die aktuelle Untersuchungen wegen mutmaßlicher Korruption laufen. Zwischen dem 9. und 15. November fanden weitreichende Demonstrationen in mehreren Teilen des Landes gegen die Absetzung Vizcarras statt. Human Rights Watch beschreibt, dass die Polizei im Zuge dessen in Lima exzessive Gewalt gegen die Demonstrant:innen einsetzte. Die Proteste führten zum Rücktritt von Manuel Merino, dem Kongressführer, der in Folge von Vizcarras Absetzung zum Präsidenten ernannt worden war. Am 16. November 2020 wurde Francisco Sagasti vom Kongress zum Interimspräsidenten gewählt. In Folge der Polizeigewalt gegen die Demonstrant:innen setzte sich der Protest fort. Die

Demonstrant:innen forderten ein Ende der Polizeigewalt, Gerechtigkeit für die Opfer der Gewaltanwendung durch die Sicherheitskräfte sowie eine neue Verfassung. Im Rahmen der Proteste starben Ermittlungen der UN zufolge zwei Menschen, während mindestens 200 Personen verletzt wurden. Etliche Personen wurden festgenommen und Journalist:innen fielen Angriffen und Drohungen zum Opfer. Nach den Ereignissen kam es zu zahlreichen Streiks im Land, u. a. von Seiten von Beschäftigten im Agrarsektor. Hierbei wurden Straßen blockiert, woraufhin Lebensmittelengpässe entstanden. Bergbauarbeiter:innen schlossen sich im Dezember den Protesten an und initiierten weitere Straßenblockaden. Die Regierung reagierte auch hierauf mit gewaltvoller Repression. Ein Streikteilnehmer wurde erschossen. Im Januar 2021 wurden schließlich Gespräche zwischen den Streikenden und der Regierung initiiert. Im Juni wurde schließlich Pedro Castillo zum Präsidenten gewählt, welcher jedoch am 7. Dezember 2022 bereits wieder durch das Parlament abgesetzt wurde. Derzeit regiert daher die ehemalige Vizepräsidentin Dina Boluarte, gegen welche es ebenfalls weitreichende Proteste gibt.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Peru liegt im westlichen Teil Südamerikas und grenzt im Norden an Ecuador und Kolumbien, im Osten an Brasilien und Bolivien sowie im Süden an Chile. Im Westen grenzt das Land an den pazifischen Ozean.

Politische Situation in der Region

In der Region herrschen unterschiedliche politische Situationen. Zwar ist die politische Lage in einigen Staaten der Region als stabil zu bezeichnen, in anderen wiederum herrschen weiterhin Konflikte, soziale Auseinandersetzungen und politische Umbrüche. Zu nennen sind vor allem sowohl der innere Konflikt in Kolumbien als auch die zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen Kolumbiens mit Venezuela und Ecuador aufgrund von Grenzverletzungen. Daneben gibt es eine Reihe weiterer ungelöster Grenzfragen in der Region, beispielsweise befinden sich Venezuela und Guyana im Konflikt um die ressourcenreiche Region Essequibo, die durch Venezuela beansprucht wird und in der sich Ölquellen befinden. Nach Angaben von [DW](#) setzen sich die Staaten Südamerikas für eine friedliche Lösung in diesem Konflikt ein. Doch jüngst trat besonders Venezuela zunehmend aggressiv gegenüber dem Nachbarland auf.

Die gesamte Region ist von dem Kampf um die regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. Vor allem Brasilien ist bestrebt, durch den Ausbau und die Modernisierung seines Militärs seinen regionalen Führungsanspruch zu untermauern. Stabile demokratische Verhältnisse und sein starkes wirtschaftliches Wachstum waren für diese Entwicklung ebenfalls förderlich. Aufgrund der Abnahme des wirtschaftlichen Wachstums verminderten sich (vermutlich temporär) zunächst auch die Militärausgaben. Trotz ihres Konfliktes um die Führungsrolle haben Brasilien, Mexiko und Venezuela in der letzten Zeit eine deutliche Verbesserung ihrer Beziehungen zueinander erzielt. So bot der ehemalige brasilianische Präsident Lula da Silva z. B. Caracas seine Vermittlungstätigkeit im Streit mit Kolumbien an.

In Kolumbien ist der bewaffnete Konflikt zwischen linksgerichteten Guerillagruppen und dem kolumbianischen Militär nach wie vor nicht gänzlich gelöst. Ein erfolgreich verhandelter

Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC-Rebell:innen scheiterte zunächst am Ergebnis eines Referendums der kolumbianischen Bevölkerung. Verhandlungsführer:innen beider Seiten sowie der Opposition und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft überarbeiteten und präzisierten das bestehende Vertragswerk daraufhin, sodass dieses im Dezember 2016 von Unterhaus und Senat jeweils einstimmig verabschiedet wurde. Im Juni 2017 erklärte die VN-Beobachtermission für Kolumbien die Entwaffnung der FARC-Rebell:innen für abgeschlossen. Seit Februar 2017 führt Kolumbiens Regierung auch regelmäßig Friedensverhandlungen mit der ELN. Diese ist mit rund 2.500 bis 6.000 Mitgliedern derzeit die größte noch aktive Guerillaorganisation in Kolumbien. Im September 2017 konnten sich die Parteien auf einen Waffenstillstand vom 1. Oktober 2017 bis zum 12. Januar 2018 einigen. 2018 und 2019 verübte die marxistische Rebell:innengruppe jedoch erneut eine Vielzahl blutiger Anschläge auf Zivilist:innen und kolumbianische Sicherheitskräfte. Aufgrund der Corona-Krise hat die marxistische ELN im März 2020 erneut eine vorübergehende Waffenruhe erklärt. Erst seit November 2022 wurden die Friedensgespräche wieder aufgenommen, die jüngst auch Erfolge zu verbuchen scheinen. So wurde ein Waffenstillstand sowie die Schaffung von humanitären Zonen vereinbart.

Wirtschaftlicher Brennstoff des Konfliktes ist der Drogenanbau, besonders von Kokain. Kolumbien behauptet, Ecuador und Venezuela würden die Guerillagruppen unterstützen, was beide Regierungen jedoch bestreiten. Im Jahr 2008 kam es zu einem militärischen Zwischenfall, als die kolumbianische Luftwaffe FARC-Rebell:innen auf ecuadorianischem Hoheitsgebiet angriff. Zwar wurde die daran anschließende diplomatische Eskalation bei einem Gipfeltreffen offiziell beigelegt, dennoch reichte Ecuador im vergangenen Jahr gegen Kolumbien Klage am Internationalen Strafgerichtshof ein. Weiterhin operieren kolumbianische Militärs auf ecuadorianischem Gebiet. 2015 kam es erneut zu einem Zwischenfall an der venezolanisch-kolumbianischen Grenze, woraufhin ca. 7.000 Kolumbianer:innen aus Venezuela vertrieben wurden und die Grenze durch Venezuela geschlossen wurde. Aufgrund wirtschaftlicher Engpässe in Venezuela kam es im August 2016 zu einer Öffnung der Grenzen.

Zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts wurde immer wieder darüber diskutiert, ob in der Region ein Rüstungswettlauf zu beobachten sei. Fest steht, dass einige Länder in Lateinamerika zu Beginn der Dekade beträchtlich in den Verteidigungshaushalt investierten, zahlreiche neue Waffen einkauften und sich teilweise noch immer in Modernisierungsprozessen befinden. Zu diesem Zweck bestehen zwischen Venezuela und Russland, Kolumbien und den USA sowie zwischen Brasilien und Frankreich strategische Rüstungsallianzen. Venezuela unternahm im Jahr 2005 etwa vier große Waffenkäufe im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar (12-24 Super Tucano Flugzeuge aus Brasilien, 15 Helikopter, 12 C-295 Flugzeuge aus Spanien und zahlreiche Boote ebenfalls aus Spanien). Insbesondere die Anschaffung von Fregatten aus Spanien wird von Kolumbien als destabilisierend für die Region beschrieben. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengungen Venezuelas, Maschinengewehre russischer Lizenz zu produzieren (AK-47), da sich diese im kolumbianischen Konflikt verbreiten könnten. Angesichts zahlreicher Funde venezolanischer Waffen in Kolumbien in den letzten Jahren erscheint diese Sorge durchaus berechtigt. 2009 vereinbarte Venezuela einen 2.2 Billionen USD-Handel mit Russland, der die Lieferung von Kampf- und Schützenpanzern und eines Luftabwehrsystems beinhaltete. Aufgrund einer seit 2014 andauernden wirtschaftlichen Krise und hohen Inflationsraten in Venezuela wurde die Aufrüstung jedoch stark eingeschränkt. Es kam im vergangenen Jahrzehnt zudem zu einer Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region, so z. B. die OAS Firearm Convention zur

Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen in Südamerika oder OAS Transparency Convention zur besseren Transparenz bei Beschaffung konventioneller Großwaffensysteme. Die Waffenkäufe erschweren die regionale sicherheitspolitische Kooperation zwar grundsätzlich, dennoch kann heute konstatiert werden, dass die erheblichen Steigerungen der Verteidigungshaushalte zwischen 2011 und 2014 von Kürzungen im Rüstungsbereich ab 2015 in etwa ausgeglichen wurden. Während regionale Trends vor allem von Brasilien bestimmt werden (2020 entfielen 42 Prozent der regionalen Militärausgaben allein auf das Land), liegen sowohl Brasiliens Rüstungsausgaben als auch der regionale Durchschnitt in den letzten 10 Jahren unter dem globalen Durchschnitt von 2,1 Prozent am BIP.

Eine besondere Herausforderung für die Region stellt die venezolanische Krise dar, die zu der zweitgrößten Fluchtbewegungen weltweit geführt hat. Mehr als 6,1 Millionen Venezolaner:innen befinden sich aktuell auf der Flucht. Ursachen der Krise sind u. a. die hohe Kriminalitätsrate und mangelhafte Sicherheitslage, die Wirtschaftskrise im Land, die zu einer der schwersten aktuell weltweit zählt, Armut und erhebliche Defizite im Zugang zu Gesundheitsversorgung sowie politische Repression. In Folge der Wahlen 2018 erklärten sich Nicolas Maduro sowie Juan Guaidó zum Sieger. Der Konflikt um die Präsidentschaft bestand bis 2020 fort. Staaten wie Argentinien, Chile, Kolumbien, Brasilien, Kanada, Deutschland, Frankreich und die USA bewerteten die Wahl als gefälscht und erkannten Guaidó zunächst als Präsidenten an. Andere Staaten, darunter Kuba, China, Russland, Türkei und Iran, betrachteten Maduro als rechtmäßigen Präsidenten Venezuelas. Infolge der Wahlen im Jahr 2020 entzogen aber mehrere Staaten und Organisationen, wie etwa die EU, Guaidó die Anerkennung als Interimspräsident – seither ist Maduro wieder alleiniger Staatschef.

Grenzkonflikte

Zwischen Peru und Ecuador bestand seit dem 19. Jahrhundert ein Grenzkonflikt, der in der Vergangenheit zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten geführt hat. Noch Anfang 1981 kam es zu einem militärischen Zwischenfall, als die peruanische Armee einige Grenzposten des ecuadorianischen Militärs besetzte. Zwar einigten sich Lima und Quito 1992 darauf, eine friedliche Lösung anzustreben. Doch bereits zwei Jahre später wurde die ecuadorianische Armee mobilisiert und im Januar 1995 begann der Krieg zwischen beiden Staaten. Obwohl er nach nur einem Monat formal beendet wurde, dauerte es bis 1999, bis ein endgültiger Friedensvertrag mit Anerkennung der Demarkationslinie unterzeichnet werden konnte.

Ein weiterer Konflikt bestand zwischen Peru und Chile. Gegenstand der Auseinandersetzung sind die maritimen Grenzen, über die im Januar 2014 im Internationalen Gerichtshof entschieden wurde. Laut IGH sollte Perus Seegebiet ausgeweitet werden, was von beiden Seiten anerkannt wurde. Jedoch setzt sich der Streit um den vom IGH festgelegten Grenzpunkt in der Region Tacna fort, da die peruanische Regierung dieses Gebiet für sich beansprucht. Der Disput wurde außerdem erneut gestärkt, als im Frühjahr 2015 drei peruanische Marineoffizier:innen wegen des Verdachts auf Aktivitäten für den chilenischen Geheimdienst festgenommen wurden.

Regionale Rüstungskontrolle

Bereits 1967 bildete die Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone einen ersten Schritt zu einer regionalen Rüstungskontrolle. Allerdings führte dieser Vertrag im Folgenden leider nicht zu weiteren Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag jedoch im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachter:innen zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen in den letzten Jahren entstanden: zum einen die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import-/ Exportwege transparent zu machen und zum anderen die OAS Transparency Convention mit dem Ziel eines Informationsaustauschs zwischen den Staaten zum Import und Export konventioneller Waffen.

Des Weiteren ist UNLIREC, eine Tochterinstitution des *United Nations Office for Disarmament Affairs*, aktiv (mit Hauptsitz in Lima) und unterstützt die Länder hinsichtlich der Implementierung und Umsetzung von Klein- und Leichtwaffenkontrollmechanismen sowie im Kapazitätsaufbau.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Weder in Peru noch in Nachbarländern sind derzeit ausländischen Militäreinheiten stationiert. Lediglich in Kolumbien sind derzeit 50 US-Soldat:innen stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Zwischen 1980 und 2000 war Terrorismus ein großes Problem in Peru. Beide Rebell:innen-Gruppen (Sendero Luminoso und Tupac Amaru) waren in dieser Zeit für zahlreiche Terroranschläge verantwortlich. Unter dem damaligen Präsident Fujimori wurden zahlreiche Anti-Terrorgesetze verabschiedet, die den staatlichen Sicherheitskräften umfassende Rechte einräumten. Ergebnis waren willkürliche Verhaftungen und Folter im Dienste des Anti-Terrorkampfes.

Inzwischen ist Peru allen internationalen Abkommen zur Verhinderung oder Bekämpfung des Terrorismus beigetreten, wenn auch teilweise mit Einschränkungen wie beispielsweise der Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971 oder auch der Konvention zur Markierung von Plastiksprengstoffen. Zwar ist Peru und auch die gesamte Region vom internationalen Krieg gegen Terrorismus nicht betroffen, da die Gefahr des transnationalen Terrorismus in diesen Ländern eher gering ist. Doch viele lokale und nationale Terrorgruppen destabilisieren das Land und die Region. Daher gehen Polizei und lokale Sicherheitskräfte stark gegen diese Gruppen vor. Im Jahr 2022 wurden laut [US Department of State](#) insgesamt fünf Vorfälle mit einem terroristischen Hintergrund gemeldet, bei denen Menschen verletzt worden sind. Dies sei ein leichter Anstieg um einen Fall verglichen zum Vorjahr gewesen, doch gleichzeitig wurden dabei weniger Menschen verletzt. Immer wieder tritt die Rebell:innengruppe Leuchtender Pfad im Zusammenhang mit Drogenhandel in Erscheinung und wird mit Angriffen auf die Polizei oder staatliche Einrichtungen in Verbindung gebracht. Im Kontext des Drogenhandels, der in Peru blüht, wird immer wieder von Drogen-Terrorismus (narco-terrorism) gesprochen.

Berichten zufolge erweckt die enge Beziehung zwischen Venezuela und dem Iran in Peru und anderen Ländern der Region große Sorgen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Lima ist den wichtigen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Das Land kämpft jedoch weiterhin mit ausufernder Kriminalität. Insbesondere Morde, gewaltsame Übergriffe und Erpressung haben in den Städten deutlich zugenommen. Die Polizei hat noch keine geeignete Strategie zur Kriminalitätsbekämpfung gefunden. Problematisch bleibt die weit verbreitete Korruption, die große Teile der Gesellschaft sowie das Militär und andere Sicherheitskräfte durchzogen hat. Bereits 2010 hat die Regierung eine Anti-Korruptionskommission eingerichtet, die Strategien und Politikempfehlungen erarbeiten soll, die Korruption im öffentlichen Sektor und in der Privatwirtschaft einzudämmen. Unter dem mittlerweile abgesetzten Präsidenten Vizcarra ist eine Reihe an Maßnahmen gegen Korruption initiiert worden.

Eines der größten Probleme Perus bleibt der Drogenhandel, insbesondere mit Kokain und Opium. Berichten zu Folge werden etwa 50 Prozent des Kokains aus Südamerika in Peru angebaut. Das Land hat mit Hilfe der USA ein umfassendes Drogenbekämpfungsprogramm gestartet, was jedoch inzwischen ausgesetzt wurde. Dieses sieht die Zerstörung von Kokapflanzungen vor. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Bewohner:innen der Anbautäler und -dörfer. Insgesamt hat die Regierung den Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen in den vergangenen Jahren deutlich forciert. Im Zusammenhang mit

Zusätzlich ist Peru auch Transitland für Menschenhandel, insbesondere für Menschen aus Südamerika, aber auch Menschen aus Asien versuchen über Peru in die USA zu gelangen. Aber auch lokaler Menschenhandel ist in Peru ein ernstzunehmendes Problem. Kriminelle Gruppen ziehen hierbei besonders auf vulnerable Venezolaner:innen ab, die diese gegen die Bereitstellung von Unterkunft und Übernahme der Lebenshaltungskosten zur Prostitution und damit verbundener Erfüllung von bestimmten monetären Quoten gezwungen werden. Zu diesen vulnerablen Gruppen werden Frauen, Kinder, aber auch Angehörige indigener Gruppen gezählt.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Abkommen	Status	Quelle
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Peru übermittelte im Rahmen des [UN-Waffenregisters](#) bis 2004 sehr regelmäßig Angaben zu Rüstungsimporten und Rüstungsexporten, seither jedoch nur noch lückenhaft. So reichte es zwischen 2005 und 2007 sowie zwischen 2011 und 2017 keine Berichte ein. Der letzte Bericht wurde im Jahr 2023 eingereicht und beinhaltet fast ausschließlich Angaben zu Importen von Klein- und Leichtwaffen. Auch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über [Militärausgaben](#) übermittelt Peru kaum Informationen an die UN, ausschließlich in den Jahren von 2000 bis 2002, 2008 und 2010 wurden Angaben gemacht.

Als Mitglied des [Arms Trade Treaty](#) reichte es aber im Jahr 2017 einen Initialbericht und seither jährliche Berichte ein. Auch im Rahmen des [Programme of Action on small arms and light weapons](#) berichtet das Land regelmäßig (zuletzt 2023).

Unerlaubte Wiederausfuhr

Peru ist Teil der Klein- und Leichtwaffenkontrollmechanismen der Andengemeinschaft und Mercosur. Bereits 2003 hat die Andengemeinschaft eine Entscheidung getroffen, die den illegalen Handel mit Klein- und Leichtwaffen in der Region unterbinden sollte. Peru verfügt über Gesetze zur Exportkontrolle. Über die Wirksamkeit, die Anwendung und die Überprüfung liegen jedoch keine Informationen vor.

Demgegenüber sind einige Fälle von Waffenschmuggel in Peru bekannt, besonders im Zusammenhang mit dem fluoridierenden Drogenhandel. So wurden allein im Jahr 2013 1.767 Raketenwerfer gestohlen – Sicherheitsexpert:innen gehen davon aus, dass diese Waffen möglicherweise später auf den Schwarzmarkt verkauft und illegal ausgeführt wurden. Zudem werden immer wieder Waffen über die südliche Grenze mit Ecuador ausgefahren, die dann zu großen Teilen von dort aus nach Kolumbien weitergehandelt werden. Angaben des [Australian Institute of International Affairs](#) zufolge wurden im Jahr 2023 rund 391.000 Stück an Munition in der Region Tumbes sichergestellt. Was einen Anstieg um 13 Prozent verglichen zum vorherigen Jahr 2022 bedeutet und 92 Prozent der insgesamt in Peru illegal geschmuggelten Munition darstellt.

Bei einer groß angelegten Polizeioperation („Operation Trigger VI“; unter Koordination von Interpol und UNODC) wurden zwischen dem 8. und dem 28. März 2021 in 13 südamerikanischen Ländern mehr als 200.000 illegale Schusswaffen sowie Komponenten, Munition und Sprengstoffe sichergestellt. Darunter wurden in Peru große Mengen Munition und Granaten sichergestellt, die aus dem Dreiländereck Brasilien-Argentinien-Paraguay stammen sollen.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Concerning the economic transformation, there has been a partial recovery after the devastating consequences in human and material costs caused by COVID-19. Although Peru was one of the countries to be most deeply affected by the pandemic, the rate of deaths and infections ultimately dropped drastically thanks to national vaccination campaigns. While economic institutions remained stable over time, the 2021 recovery remained insufficient to compensate for the previous slump, in part because of management failures by the disorganized Castillo government paired with the ongoing political instability. The consequences of Russia's war against Ukraine, including rising inflation rates and subsequent stability measures, have further clouded the outlook for 2022 and beyond and contributed to a persistent climate of social tension.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/PER>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

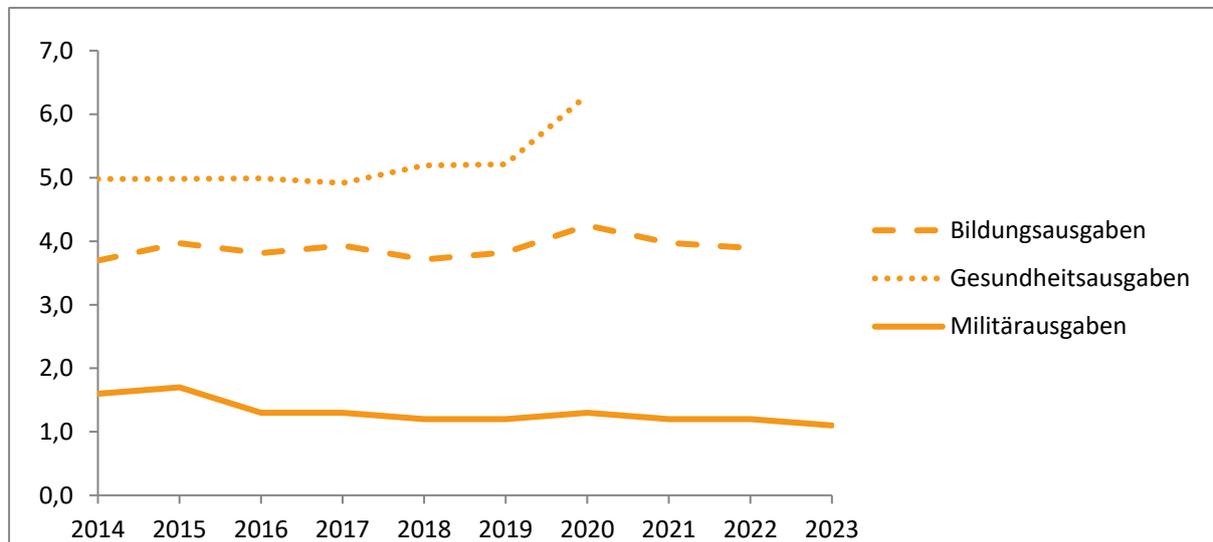
	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2762	2731	2891	2799	2750
Militärausgaben/BIP	1,2	1,3	1,2	1,2	1,1
Gesundheitsausgaben/BIP	5,2	6,3	-	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,8	4,2	4,0	3,9	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2018	2019	2020	2021	2022
Auslandsverschuldung	66769	64247	73549	86461	88084
Anteil am BIP (in Prozent)	30	28,1	36,5	38,2	35,7
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	372,12	446,57	464,5	260,82	768,68
Net ODA (% of GNI)*	0,17	0,19	0,22	0,12	-
Deutsche ODA Zahlungen*	70,45	172,91	149,12	-2,12	491,96

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2022); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2022).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	100,4	101,2	95,7	95,9	94,6
Index-Platzierung	79	79	86	81	82

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Bolivien	Militarisierungswert	101,6	99,3	97,5	89,6	87,7
	Index-Platzierung	76	82	84	89	93
Brasilien	Militarisierungswert	75,2	73,1	70,4	68,7	68,3
	Index-Platzierung	111	113	115	117	116
Chile	Militarisierungswert	124,1	126,1	114,3	112,7	114,1
	Index-Platzierung	55	52	59	59	61
Ecuador	Militarisierungswert	91,3	94,8	92,2	91,7	95,6
	Index-Platzierung	87	87	89	87	80
Kolumbien	Militarisierungswert	113,2	115,9	108,4	105,6	106,2
	Index-Platzierung	64	61	69	71	71

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2019	2020	2021	2022	2023
Bolivien	Militärausgaben (absolut)	616	524	546	429	627
	Militärausgaben/BIP	1,5	1,4	1,3	1,0	1,4

		2019	2020	2021	2022	2023
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	24170	23137	21914	20542	21176
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,3	1,2	1,1	1,1
Chile	Militärausgaben (absolut)	5014	5547	5038	4649	4875
	Militärausgaben/BIP	1,9	2,1	1,6	1,5	1,6
Ecuador	Militärausgaben (absolut)	2422	2441	2492	2586	2664
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,4	2,3	2,2	2,3
Kolumbien	Militärausgaben (absolut)	9158	9453	9865	9661	9795
	Militärausgaben/BIP	3,1	3,5	3,2	2,8	2,9

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2022). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2018	2019	2020	2021	2022
HDI-Wert	0,770	0,774	0,758	0,755	0,762

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung: Mit einem Bruttonationaleinkommen von 7.090 US-Dollar pro Kopf gilt Peru als „upper-middle income country“. Die Wirtschaft gilt als mittelmäßig wettbewerbsfähig und resilient. So führte bspw. die Covid-19 Pandemie zu enormen Problemen, die durch Kompensationsprogramme aber abgemildert werden konnten und zu einer schnellen Erholung führten. Die Wachstumsraten sind gering, aber stabil. Die Auslandsverschuldung ist gering und es besteht keine Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern auch wenn Peru jüngst mehr Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit bezog. Mit einem HDI-Wert von 0,762 wird Peru durch den Human Development Index als Land mit einer hohen menschlichen Entwicklung kategorisiert und sticht auch im regionalen Vergleich hervor (lediglich Chile wird unter den Nachbarländern in eine höhere Kategorie eingeordnet). In Bezug auf die Erreichung der SDGs befindet sich Peru im vorderen Mittelfeld: Unterernährung und Armut stellen weiterhin Probleme dar; andere Messgrößen konnten hingegen verbessert werden. Insbesondere die hohe Ungleichheit stellt aber einen enormen Stressfaktor dar und führt immer wieder zu sozialen Unruhen. Auch hinsichtlich des Klimawandels gilt Peru als relativ vulnerabel. Im Hinblick auf Gesundheits-, Bildungs- und Militärausgaben ist aber kein ausgesprochenes Ungleichgewicht zu erkennen. Rüstungsexporte sind demnach, auch entsprechend der

quantitativen Bemessung durch die BICC-Datenbank, als „nicht kritisch“ zu bewerten – auch wenn weiterhin Defizite im Gesundheits- und Bildungsbereich zu erkennen sind.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 7.090 US-Dollar pro Kopf gilt Peru als „upper-middle income country“. Die Auslandsverschuldung liegt mit 35,3 % (Stand: 2025) gemessen am BIP nicht außergewöhnlich hoch. Seit Peru seine letzten Schulden beim IWF im Jahr 2007 zurückzahlte, nahm es auch keine weiteren Schulden bei der Institution mehr auf. Im Mai 2022 wurde mit dem IWF eine zweijährige Vereinbarung getroffen (eine „flexible Kreditlinie“), die Peru zur Inanspruchnahme von rund 5,3 Mrd. US-Dollar berechtigt – diese ist jedoch als Vorsichtsmaßnahme zu verstehen und lief am 20.05.2024 aus, ohne dass diese in Anspruch genommen wurde. Mit Rang 65 im Global Competitiveness Index (2019) liegt Peru im vorderen Mittelfeld und damit direkt hinter den Philippinen und noch vor Panama. Damit weist das Land also eine recht wettbewerbsfähige Wirtschaft auf. Die Wirtschaft gilt zudem als mittelmäßig diversifiziert. Auch wenn die Diversifikation in den vergangenen Jahren abgenommen hat, konnten Schocks in der Vergangenheit relativ gut abgefedert werden. Die Covid-19 Pandemie stellte bspw. zunächst mit einem Rückgang des BIPs um 11 %, und somit dem stärksten wirtschaftlicher Einbruch in Lateinamerika, ein großes Problem für Peru dar. In der Folge verzeichnete das Land einen enormen Anstieg von Armut und Unterernährung. Die Regierung startete daher ein Kompensationsprogramm (direkte Bargeldtransfers zur Reduktion der Ernährungsunsicherheit). Auch deswegen konnte sich im folgenden Jahr die Wirtschaft mit einem Zuwachs von 12,3 % gut erholen.

Land-, Forstwirtschaft und Fischerei machen 2023 bspw. 7,3 % (Stand: 2025) der Wirtschaftsleistung aus, der Exportsektor 29,3 %. Natürliche Ressourcen machen rund 12,7 % des BIPs aus – allein Mineralien, Erze und Metalle rund 7 % des BIPs bzw. rund 69 % der Gesamtexporte. Daneben sind auch landwirtschaftliche Güter, Chemikalien und Textilien wichtige Exportgüter. Im Jahr 2023 verzeichnete die Wirtschaft Perus seit der Coronapandemie erstmals wieder einen Rückgang von -1,6%, grundsätzlich gilt die peruanische Wirtschaft jedoch als relativ krisenfest. Vulnerabilitäten bestehen insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels (Rang 46 im Global Climate Risk Index), einer gewissen Abhängigkeit von dem Export natürlicher Ressourcen bzw. derer Weltmarktpreise sowie einer hohen Ungleichheit und damit verbundener sozialen Unruhen.

Soziale Entwicklung

Mit einem HDI-Wert von 0,762 wird Peru durch den Human Development Index als Land mit einer hohen menschlichen Entwicklung kategorisiert und liegt hier direkt vor Armenien und hinter Cuba. Zum Vergleich Deutschland wird durch den HDI, mit einem Wert von 0,950, als ein Land mit einer „sehr hohen menschlichen Entwicklung“ beschrieben und belegt auf dem Ranking den siebten Platz. Unter seinen Nachbarstaaten weist lediglich Chile einen höheren Wert von 0,860 auf und wird damit in die Kategorie der Länder mit einer „sehr hohen menschlichen Entwicklung“ gezählt. Die Geschlechterungleichheit liegt laut Gender Inequality- und Gender Development Index im weltweiten Mittelfeld – Entwicklungsfortschritte kommen Männern also etwas mehr zugute als Frauen. Mit einem Wert von 0,952 liegt Peru knapp überhalb des weltweiten Durchschnitts von 0,951. Dies ist insgesamt ein guter Wert, doch erhalten Männer meiste eine längere Schulausbildung von 10,6 Jahren zu 9,4 bei Frauen. Doch besonders schwer wiegen die Unterschiede in Bezug auf das

Bruttonationaleinkommen, welches pro Kopf bei Männern bei 14.365 US Dollar Pro Jahr und bei Frauen bei gerade einmal durchschnittlich bei 9.515 US Dollar Pro Kopf Pro Jahr liegt. Dieser gewaltige Unterschied von rund 5.000 US Dollar pro Jahr wirkt besonders schwer auf die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in Peru aus.

Auf Entwicklungshilfe ist Peru nicht angewiesen: mit einer ODA-Quote (Anteil der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit am BNE) von 0,4 % im Jahr 2022 (Stand: 2025) besteht keine Abhängigkeit von externen Hilfsgeldern. Auch wenn die ODA-Quote zum Vorjahr um 0,3 % Anstieg und erstmals seit 2011 wieder eine ODA-Quote von 0,4 % erreicht. Diese Quote ist vergleichbar mit der von Botswana und der der Philippinen. In Peru leben rund 2,7 % der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze von 2,15 PPP-Dollar am Tag und rund 32 % leben von weniger als 6,85 PPP-Dollar am Tag (was die Armutsgrenze für „upper-middle income countries“ darstellt). Gemessen an der nationalen Armutsgrenze Perus leben rund 27,5 % in relativer Armut. Die Arbeitslosenquote lag 2023 bei 4,9 % und die Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2023 bei 10 % (ILO-Schätzungen), was unter den globalen Durchschnitten von 6,2 % bzw. 15,4 % liegt und als relativ niedrig gilt. Zum Vergleich: Deutschland liegt hier im Jahr 2023 bei 3,1 bzw. 5,1 %.

Bezüglich der Sustainable Development Goals liegt Peru im vorderen Mittelfeld (Rang 64 von 167 im SDG Index Ranking). 7 % der Bevölkerung leiden weiterhin an Unterernährung. Große Fortschritte wurden aber bspw. in den Bereichen Mütter- und Kindersterblichkeit erreicht. Erstere liegt mit 68,5 pro 100.000, zweitere mit 15,1 von 1.000 Lebendgeburten (Stand: 2022) weit unter dem globalen Durchschnitt von 223 bzw. 28. Zum Vergleich: Deutschland liegt bei beiden Kennziffern bei 4. Das Ziel der hochwertigen Bildung (SDG 4) gilt sogar als erreicht. So liegt die Alphabetisierungsquote bspw. bei 99,3 % (Stand: 2022) und die Einschulungsquoten sind erheblich gestiegen. Insgesamt ist Peru bei rund 45 % der Indikatoren auf einem guten Weg zur Zielerreichung bis 2030. Größere Herausforderungen bestehen allerdings noch bei den SDGs 2 (Zero Hunger), 3 (Good Health), 11 (Sustainable Cities and Communities), 15 (Life on Land), 16 (Peace, Justice and Strong Institutions). Letzteres lässt sich insbesondere auf hohe Mordraten, Korruption, Kinderarbeit und eine eingeschränkte Pressefreiheit zurückführen. Die große Ungleichheit drückt sich bspw. in einem Gini-Index von 40,3 im Jahr 2022 (Stand:2025) aus, aber auch in einem enormen Stadt-Land-Gefälle (insbesondere die Hauptstadt Lima im Vergleich zum Rest des Landes) sowie in Einkommens- und Bildungsungleichheiten zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen. Die Ungleichheit zwischen Ethnien konnten zuletzt aber deutlich reduziert werden, was insbesondere auf eine Land-Stadt-Wanderung zurückzuführen ist.

Daten über die Gesundheitsausgaben erschienen aus Peru zuletzt eher unregelmäßig im Jahre 2020 erschienen zuletzt Angaben über die Gesundheitsausgaben, welche zu diesem Zeitpunkt 6,3 % des BIPs für Gesundheit, 3,9 % für Bildung im Jahre 2022 und 1,1 % für Militär- und Verteidigung im Jahre 2023 auf. Die Militärausgaben sind somit nicht unangebracht hoch. Peru belegt im jüngsten Globalen Militarisierungsindex Rang 82 und gilt somit als moderat militarisiert. Im Hinblick auf die positive ökonomische und soziale Entwicklung des Landes ist das Risiko, dass überhöhte Militärausgaben die weitere Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen, derzeit nicht gegeben. Rüstungsexporte sind demnach – auch entsprechend der BICC-Datenbank – als nicht kritisch zu bewerten.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Februar 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



MITGLIED Johannes-Rau-
DER Forschungsgemeinschaft